

US-Präsident Obama will auch 2015 noch US-Kampfeinsätze in Afghanistan durchführen und mindestens bis Ende 2016 US-Militärberater in Kabul belassen.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 191/14 – 03.12.14**

Obama will die US-Kampfeinsätze in Afghanistan fortsetzen

Von Mark Manzetti und Eric Schmitt

THE NEW YORK TIMES, 21.11.14

(<http://www.nytimes.com/2014/11/22/us/politics/in-secret-obama-extends-us-role-in-afghan-combat.html>)

WASHINGTON – **Präsident Obama hat sich in den letzten Wochen dazu entschlossen, die US-Truppen in Afghanistan 2015 offensiver einzusetzen, als bisher geplant war; sie sollen in dem vom Krieg verwüsteten Land für mindestens ein weiteres Jahr auch Kampfeinsätze durchführen dürfen.**

Die Anordnung Obamas ermächtigt die US-Streitkräfte zu Angriffen auf die Taliban und andere militante Gruppen, wenn US-Truppen oder die afghanische Regierung bedroht sind; damit wird nach Auskunft von Militärs, Regierungsvertretern und Kongressmitgliedern, die Obamas Entscheidung kennen, der im Lauf dieses Jahres (auf die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte) eingeeengte Auftrag der US-Truppen, wieder erweitert. Die jüngste Entscheidung beinhaltet auch, dass US-Kampffjets, Bomber und Drohnen afghanische Truppen bei Kampfeinsätzen unterstützen dürfen.

Im Mai hatte Obama im Rosengarten des Weißen Hauses noch verkündet, die US-Truppen in Afghanistan hätten ab 2015 keinen Kampfauftrag mehr; die 9.800 in Afghanistan verbleibenden US-Soldaten sollten nur noch die afghanischen Streitkräfte ausbilden und Jagd auf "Reste der Al-Qaida" machen.

Die Entscheidung, diesen Auftrag zu ändern, war das Ergebnis einer längeren heißen Debatte, in der wieder einmal die Spannungen zwischen Obama und dem Pentagon deutlich wurden: Obama hat versprochen, den Krieg in Afghanistan zu beenden, das Pentagon besteht aber darauf, dass die US-Truppen ihre Mission erfolgreich zu Ende führen.

In der internen Diskussion spielten auch das Versagen der irakischen Streitkräfte und die jüngsten Erfolge des Islamischen Staates eine wichtige Rolle; sie war geprägt vom Misstrauen zwischen dem Pentagon und dem Weißen Haus, das seit 2009 besteht, als Obama eine "Welle" von 30.000 US-Soldaten nach Afghanistan schickte. Einige der zivilen Berater des Präsidenten haben durchblicken lassen, diese Entscheidung sei damals nur auf starken Druck des Pentagons erfolgt; einige Militärs hielten sie trotzdem für halbherzig, weil aus innenpolitischer Rücksichtnahme zu wenig Soldaten entsandt worden seien.

Obama hat seine Entscheidung während eines Treffens mit seinen führenden Sicherheitsberatern getroffen, das vor wenigen Wochen im Weißen Haus stattgefunden hat; dabei übergang er die Bedenken einiger ziviler Berater, die ihm empfohlen hatten, im kommenden Jahr nicht noch mehr US-Soldaten im Kampf gegen die Taliban zu opfern, sondern nur noch gegen Al-Qaida-Terroristen vorzugehen.

Aber das Militär setzte sich durch; die Generäle im Pentagon und in Afghanistan drängten Obama, den Auftrag zu erweitern und den US-Truppen auch Angriffe auf die Taliban, das Haqqani-Netzwerk (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Haqqani-Netzwerk>) und andere militante Gruppen zu erlauben, wenn sie nach geheimdienstlichen Erkenntnissen US-Einheiten bedrohen.

Der Präsident will unter bestimmten Umständen auch US-Luftangriffe zur Unterstützung afghanischer Militäreinsätze zulassen und bei Operationen der afghanischen Streitkräfte gegen die Taliban – wenn notwendig – sogar US-Bodentruppen mitkämpfen lassen.

"Es gab eine Denkrichtung, die US-Kampfeinsätze nur noch gegen Al-Qaida zulassen wollte," bestätigte ein US-Offizieller.

"Die Militärs bekamen dann aber doch, was sie wollten," ergänzte er.

Am Freitagabend hat ein höherer Regierungsvertreter betont, dass die US-Truppen im kommenden Jahr keine regelmäßigen Patrouillen mehr durchführen und auch nicht mehr offensiv gegen die Taliban vorgehen werden.

"Wir werden Personen nicht schon deshalb ins Visier nehmen, weil sie Mitglieder der Taliban sind," erläuterte der Offizielle. "Nur wenn sie Truppen der USA oder der Koalition direkt bedrohen oder Al-Qaida unterstützen, werden wir geeignete Maßnahmen ergreifen, um uns zu schützen."

Faktisch wird die bisherige militärische Rolle (der US-Streitkräfte in Afghanistan) durch Obamas Entscheidung um ein weiteres Jahr verlängert. Obama und seine Ratgeber waren gezwungen, eine Entscheidung zu treffen, weil die seit 13 Jahren andauernde Operation Enduring Freedom (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Enduring_Freedom) am 31. Dezember endet.

"Um die Rolle des Militärs in Afghanistan wird schon länger gestritten, mehr noch als um die Anzahl der ab 2015 dort verbleibenden US-Soldaten," sagte Vikram Singh (s. <https://www.americanprogress.org/about/staff/singh-vikram/bio/>), der Obamas Afghanistan-Politik sowohl im Außenministerium als auch im Pentagon mitgestaltet hat und jetzt Vizepräsident des Centers for American Progress in Washington ist (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Center_for_American_Progress).

Auch wenn nach Auskunft US-Offizieller die Rolle, die das US-Militärs ab 2015 in Afghanistan spielen soll, schon seit Jahren diskutiert wird, mussten in den Debatten der letzten Monate zwei neue Faktoren berücksichtigt werden.

Der erste Faktor ist der Vormarsch der Kämpfer des Islamischen Staates im Norden des Iraks und das Versagen der irakischen Armee. Obama wird in diesem Zusammenhang vorgeworfen, die US-Truppen zu früh aus dem Irak abgezogen und die irakische Armee nicht gut genug auf die Verteidigung ihres eigenen Landes vorbereitet zu haben.

Das hat auch die Kritik an Obamas Afghanistan-Strategie verstärkt; im Kongress halten die Republikaner und sogar einige Demokraten den geplanten Abzug eines Großteils der US-Truppen für überstürzt; sie fürchten, die Ausbildung der afghanischen Streitkräfte könnte darunter so sehr leiden, dass sie Angriffen der Taliban und anderer Extremisten nicht standhalten können.

Mit seiner geänderten Entscheidung könnte es Obama gelingen, einige seiner Kritiker zu besänftigen, wahrscheinlich werden ihm aber einige Demokraten vorwerfen, dass er sich die Abzugsbedingungen aus Afghanistan von den Militärs diktieren lässt.

Der zweite Faktor ist der Amtsantritt des neuen afghanischen Präsidenten Asshraf Ghani (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Aschraf_Ghani_Ahmadsai), der, anders als sein Vorgänger Hamid Karzai, mit der Verlängerung des US-Militäreinsatzes in Afghanistan einverstanden ist.

Nach Auskunft eines höheren afghanischen Offiziellen und eines ehemaligen afghanischen Offiziellen, der noch gute Kontakte zu seinen früheren Kollegen hat, haben Ghani und sein neuer Nationaler Sicherheitsberater Hanif Atmar in den letzten Wochen sogar darum gebeten, dass die US-Streitkräfte auch 2015 weiter gegen die Taliban und nicht nur gegen Al-Qaida kämpfen. Ghani soll kürzlich auch die Begrenzung der US-Luftangriffe und der gemeinsam mit afghanischen Sicherheitskräften durchgeführten Razzien aufgehoben haben, die Karzai angeordnet hatte. (Weitere Infos dazu sind nachzulesen unter <http://www.nytimes.com/2014/11/24/world/asia/afghanistan-quietly-lifts-ban-on-night-raids.html> .)

Der neue afghanische Präsident hat bereits eine enge Arbeitsbeziehung zu General John F. Campbell (s. http://de.wikipedia.org/wiki/John_F_Campbell), dem Nato-Kommandeur in Afghanistan, entwickelt.

"Das ist ein Unterschied wie Tag und Nacht," hat General Campbell in einer E-Mail über die Zusammenarbeit mit Ghani und Karzai geäußert. "Präsident Ghani hat die Hand ausgestreckt und die Anwesenheit internationaler Truppen begrüßt. Das gibt uns strategische Möglichkeiten, die wir unter dem Präsidenten Karzai nicht hatten."

Die US-Militärs halten die Erleichterung von Luftangriffen für besonders wichtig. Auch bisher wurden die von Karzai angeordneten Beschränkungen nicht immer beachtet; im Sommer haben afghanische Generäle trotz der Anordnung Karzais wieder häufiger US-Luftunterstützung angefordert, wenn ihre Truppen in Schwierigkeiten geraten waren.

Die Luftunterstützung muss jetzt wohl nicht mehr verheimlicht werden.

Ein höherer US-Offizier sagte, nach Obamas Entscheidung gehe die Air Force davon aus, dass sie auch 2015 noch F-16-Kampffjets, B-1B-Bomber und Drohnen der Typen Predator (s. http://de.wikipedia.org/wiki/General_Atomics_MQ-1) und Reaper (s. http://de.wikipedia.org/wiki/General_Atomics_MQ-9) gegen die Taliban einsetzen könne.

"Wir wollen in Afghanistan in der Offensive bleiben," fügte er hinzu.

Der Offizier sagte, er rechne in den nächsten Wochen mit einem Befehl des Pentagons zur Rolle des US-Militärs in der Operation "Resolute Support" (Entschlossene Unterstützung); das ist der neue Name, unter dem der Krieg in Afghanistan ab 2015 läuft.

Das Pentagon plant, die Hauptrolle bei der Beratung und Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte im Süden und Osten Afghanistans zu übernehmen; die Italiener sollen auch im Osten agieren, die Deutschen im Norden und die Türken in Kabul.

Ende 2015 soll die Hälfte der in Afghanistan verbleibenden 9.800 US-Soldaten das Land verlassen. Die restlichen (4.900) sollen sich 2016 auf Kabul und Bagram konzentrieren und am Jahresende abgezogen werden, damit Obama sagen kann, er habe den Afghanistan-Krieg vor dem Ende seiner Amtszeit beendet.

Es wird erwartet, dass die NATO-Verbündeten 2015 insgesamt weitere 4.000 Soldaten unter US-Befehl in Afghanistan belassen und 2016 gemeinsam mit den USA abziehen.

Auch nach 2016 könnte es noch US-Militärberater in Afghanistan geben, die einem Büro für Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen in der US-Botschaft unterstehen. Die Regierung hat sich aber noch nicht über die Anzahl und die tatsächlichen Aufgaben dieser Militärberater geäußert.

Es bleibt auch ungewiss, wie sich das anhaltende Chaos im Irak und Obamas Entscheidung – erneut eine begrenzte Anzahl von US-Soldaten in den Irak zu schicken (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP15814_300914.pdf) – auf die Pläne der Regierung für den Abzug aus Afghanistan auswirken werden.

Bereits im Mai hat der Präsident im Rosengarten gesagt: "Ich glaube, die US-Bürger haben erkannt, dass es schwieriger ist, Kriege zu beenden, als sie anzufangen."

Matthew Rosenberg hat zu diesem Bericht beigetragen.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Nach Obamas Kurswechsel ist damit zu rechnen, dass auch die Soldaten der Bundeswehr, die ab 2015 nur noch afghanische Soldaten trainieren sollten, in neue Kämpfe verwickelt werden. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The New York Times

In a Shift, Obama Extends U.S. Role in Afghan Combat

By MARK MAZZETTI and ERIC SCHMITT
NOV. 21, 2014

WASHINGTON — President Obama decided in recent weeks to authorize a more expansive mission for the military in Afghanistan in 2015 than originally planned, a move that ensures American troops will have a direct role in fighting in the war-ravaged country for at least another year.

Mr. Obama's order allows American forces to carry out missions against the Taliban and other militant groups threatening American troops or the Afghan government, a broader mission than the president described to the public earlier this year, according to several administration, military and congressional officials with knowledge of the decision. The new authorization also allows American jets, bombers and drones to support Afghan troops on combat missions.

In an announcement in the White House Rose Garden in May, Mr. Obama said that the American military would have no combat role in Afghanistan next year, and that the missions for the 9,800 troops remaining in the country would be limited to training Afghan forces and to hunting the "remnants of Al Qaeda."

The decision to change that mission was the result of a lengthy and heated debate that laid bare the tension inside the Obama administration between two often-competing imperatives: the promise Mr. Obama made to end the war in Afghanistan, versus the demands of the Pentagon that American troops be able to successfully fulfill their remaining missions in the country.

The internal discussion took place against the backdrop of this year's collapse of Iraqi security forces in the face of the advance of the Islamic State as well as the mistrust between the Pentagon and the White House that still lingers since Mr. Obama's 2009 decision to "surge" 30,000 American troops to Afghanistan. Some of the president's civilian advisers say that decision was made only because of excessive Pentagon pressure, and some military officials say it was half-baked and made with an eye to domestic politics.

Mr. Obama's decision, made during a White House meeting in recent weeks with his senior national security advisers, came over the objection of some of his top civilian aides, who argued that American lives should not be put at risk next year in any operations against the Taliban — and that they should have only a narrow counterterrorism mission against Al Qaeda.

But the military pushed back, and generals both at the Pentagon and in Afghanistan urged Mr. Obama to define the mission more broadly to allow American troops to attack the Taliban, the Haqqani network and other militants if intelligence revealed that the extremists were threatening American forces in the country.

The president's order under certain circumstances would also authorize American airstrikes to support Afghan military operations in the country and ground troops to occasionally accompany Afghan troops on operations against the Taliban.

"There was a school of thought that wanted the mission to be very limited, focused solely on Al Qaeda," one American official said.

But, the official said, "the military pretty much got what it wanted."

On Friday evening, a senior administration official insisted that American forces would not carry out regular patrols or conduct offensive missions against the Taliban next year.

"We will no longer target belligerents solely because they are members of the Taliban," the official said. "To the extent that Taliban members directly threaten the United States and coalition forces in Afghanistan or provide direct support to Al Qaeda, however, we will take appropriate measures to keep Americans safe."

In effect, Mr. Obama's decision largely extends much of the current American military role for another year. Mr. Obama and his aides were forced to make a decision because the 13-year old mission, Operation Enduring Freedom, is set to end on Dec. 31.

The matter of the military's role in Afghanistan in 2015 has "been a really, really contentious issue for a long time, even more contentious than troop numbers," said Vikram Singh, who worked on Afghanistan policy both at the State Department and the Pentagon during the Obama administration and is now at the Center for American Progress in Washington.

American officials said that while the debate over the nature of the American military's role beginning in 2015 has lasted for years, two issues in particular have shifted the debate in recent months.

The first is the advance of Islamic State forces across northern Iraq and the collapse of the Iraqi Army, which has led to criticism of Mr. Obama for a military pullout of Iraq that left Iraqi troops ill-prepared to protect their soil.

This has intensified criticism of Mr. Obama's Afghanistan strategy, which Republican and even some Democratic lawmakers have said adheres to an overly compressed timeline that would hamper efforts to train and advise Afghan security forces — potentially leaving them vulnerable to attack from Taliban fighters and other extremists in the meantime.

This new arrangement could blunt some of that criticism, although it is also likely to be criticized by some Democratic lawmakers who will say that Mr. Obama allowed the military to dictate the terms of the endgame in Afghanistan.

The second factor is the transfer of power in Afghanistan to President Ashraf Ghani, who has been far more accepting of an expansive American military mission in his country than his predecessor, Hamid Karzai.

According to a senior Afghan official and a former Afghan official who maintains close ties to his former colleagues, in recent weeks both Mr. Ghani and his new national security adviser, Hanif Atmar, have requested that the United States continue to fight Taliban forces in 2015 — as opposed to being strictly limited to operations against Al Qaeda. Mr. Ghani also recently lifted the limits on American airstrikes and joint raids that Mr. Karzai had put in place, the Afghan officials said.

The new Afghan president has already developed a close working relationship with Gen. John F. Campbell, the allied commander in Afghanistan.

“The difference is night and day,” General Campbell said in an email about the distinction between dealing with Mr. Ghani and Mr. Karzai. “President Ghani has reached out and embraced the international community. We have a strategic opportunity we haven't had previously with President Karzai.”

American military officials saw the easing of the limits on airstrikes imposed by Mr. Karzai as especially significant, even if the restrictions were not always honored. During the summer, Afghan generals occasionally ignored Mr. Karzai's directive and requested American air support when their forces encountered trouble.

Now it appears such requests will no longer have to be kept secret.

One senior American military officer said that in light of Mr. Obama's decision, the Air Force expects to use F-16 fighters, B-1B bombers and Predator and Reaper drones to go after the Taliban in 2015.

“Our plans are to maintain an offensive capability in Afghanistan,” he said.

The officer said he expected the Pentagon to issue an order in the next several weeks detailing the military's role in Afghanistan in 2015 under Operation Resolute Support, which will become the new name for the Afghanistan war.

The Pentagon plans to take the lead role in advising and training Afghan forces in southern and eastern Afghanistan, with Italy also operating in the east, Germany in the north and Turkey in Kabul.

But by the end of next year, half of the 9,800 American troops would leave Afghanistan. The rest would be consolidated in Kabul and Bagram, and then leave by the end of 2016, allowing Mr. Obama to say he ended the Afghan war before leaving office.

America's NATO allies are expected to keep about 4,000 troops of their own in Afghanistan in 2015. The allies are expected to follow the American lead in consolidating and withdrawing their troops.

The United States could still have military advisers in Kabul after 2016 who would work out of an office of security cooperation at the United States Embassy. But the administration has not said how large that contingent might be and what its exact mission would be.

And it remains unclear how the continuing chaos in Iraq — and Mr. Obama's decision to send troops back there — will affect the administration's plans for an Afghanistan exit.

As the president said in the Rose Garden in May, "I think Americans have learned that it's harder to end wars than it is to begin them."

Matthew Rosenberg contributed reporting.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern